

Lewis Hinchman

## Wiederaufbau nach dem Hurrikan

### Den Grundkonsens wiederherstellen

*Die Politik der Bush-Administration hat das Land tief gespalten. Rache wäre aber die völlig falsche Antwort, die die Demokraten – einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen vorausgesetzt – geben könnten, meint unser Autor. Kooperation ist gefragt und inzwischen gibt es auch bereits eine Reihe von Anzeichen für eine Abkehr von der Politik der Konfrontation, auf beiden Seiten.*

Wer kann die Verwüstung und Verzweiflung vergessen, die der Hurrikan *Katrina* 2005 nach New Orleans brachte? Noch weniger sollte man die Stümperei und Inkompetenz der Bush-Bürokraten aus den Augen verlieren, die eine Naturkatastrophe in eine menschliche Tragödie verwandelte. Weniger augenfällig, aber dauerhafter werden die politischen Trümmer sein,

basis und pragmatische Lösungen suchen, anstatt sich in endlosen Fehden zu erschöpfen.

#### Ungelöste Probleme

Es gibt unzählige von der Bush-Regierung nicht gelöste bzw. verursachte Probleme, von denen hier nur einige wenige genauer geprüft werden können:

Das Altersrentensystem (*Social Security*) bewegt sich mangels Reformen auf die Insolvenz zu. Das *Medicare*-Programm, eine Krankenversicherung für alle Amerikaner über 65 Jahre alt, wird auch bald in die roten Zahlen abgleiten. Schon seit Jahren haben Politiker und Experten das Ausmaß dieser bevorstehenden Krise erkannt und Lösungen entworfen. Aber jede wirkungsvolle Lösung setzt die gemeinsame politische Verantwortung beider großer Parteien voraus, weil sie unvermeidlich wichtigen Wählergruppen schmerzvolle Opfer auferlegt. Wenn sie nicht schon zu einem frühen Zeitpunkt in die Verhandlungen einbezogen wird, könnte eine Oppositionspartei der Versuchung kaum widerstehen, die Unbeliebtheit solcher Reformen zum eigenen Vorteil zu nutzen. Und da die Regierungspartei ihre Verwundbarkeit gerade an dieser Stelle erkennt, zögert sie, etwas Konkretes anzubieten.

Zweitens hat sich die Bush-Regierung geweigert, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen mit der offiziellen Be-

#### Lewis Hinchman

(\* 1946) ist Professor für Politikwissenschaft an der Clarkson University in Potsdam/New York.

[hinchman@clarkson.edu](mailto:hinchman@clarkson.edu)



die die Bush-Regierung 2009 bei ihrem Amtsabtritt hinterlassen wird. Es wird die Amerikaner Jahrzehnte kosten, Ordnung in das Erbe zu bringen: Haushaltsdefizit, Umweltzerstörung, Ansehensverlust im Ausland, Rufmorde und endlose, inszenierte Kulturkämpfe.

Wenn die Demokraten die Präsidentschaft gewinnen sollten, müssten sie zunächst den Grundkonsens wiederherstellen, der in den Jahren vor 1980 und der »Reagan Revolution« in der amerikanischen Politik herrschte, denn das Regierungssystem der Vereinigten Staaten funktioniert am besten, wenn die politischen Parteien eine gemeinsame Verhandlungs-

gründung, dass dies die US-Wirtschaft schädigen würde. Sie hat auf diesem Gebiet die eigene Verantwortung nicht erkannt. Bush hat zwar vage auf freiwillige Schritte hingedeutet, weigerte sich aber, etwa das Kyoto-Protokoll dem Senat zu unterbreiten oder die Verbrennung von Kohle zu beschränken. Das Ergebnis von Bali stieß bei der US-Regierung ebenso auf Kritik. Die USA hätten beispielsweise »ernsthafte Bedenken«, wenn bei den Verhandlungen über die konkreten Maßnahmen zur Eindämmung der Erderwärmung nur die Industrienationen gefordert wären. Andere Republikaner sind noch weit weniger maßvoll. James Inhofe, Senator aus Oklahoma, nannte die Erderwärmung gar einen von der Linken erdichteten Schwindel. So wurden in dem verzweifelten Bemühen um die Reduzierung der Treibhausgase sieben Jahre vergeudet.

Ein drittes relevantes Versäumnis: Bis in die 70er Jahre hatten fast alle US-Amerikaner eine durch den Arbeitgeber oder den Staat zur Verfügung gestellte Krankenversicherung. Dieses alte System – vor allem dessen privater Teil – steht vor einem Kollaps. 47 Millionen US-Bürger sind gegenwärtig nicht versichert. Gleichzeitig bezahlen die Amerikaner aber 15 % ihres Bruttosozialproduktes für die Gesundheitsfürsorge, den welthöchsten Satz. Dies ist das teuerste und gleichzeitig schlechteste System in allen OECD-Ländern, was die zwei Parteien im Kongress und den Präsidenten stark zur Zusammenarbeit drängen sollte. Bill und Hillary Clinton haben zwar schon 1992 einen Plan zur allgemeinen Krankenversicherung vorgestellt; allerdings lehnten die Republikaner ihn seinerzeit rundweg ab, was seinen Untergang besiegelte. Wie bei der Reform der Altersrente kommt ohne die Unterstützung beider Parteien im Kongress nichts Substantielles zustande.

Die US-Wirtschaft hat in den vergangenen 7 Jahren scheinbar solide Leistungen erbracht. Aber die Fehler der Bush-Amts-

zeiten – ja auch die der Reagan-Ära (1981-1989) – haben ihre Grundlagen geschwächt. Damals waren die so genannten *supply side economics* die herrschende Ideologie, der zufolge Steuersenkungen das Wirtschaftswachstum so kräftig ankurbeln müssten, dass die Flut steigender Einnahmen in den Schatzkammern zeitweilige Haushaltsdefizite bald schließen würden. Inzwischen halten die meisten Ökonomen das *supply side*-Allheilmittel eher für Theologie als für Theorie. Man muss daran fest glauben, denn es gibt keine Beweise, dass es in der wirklichen Welt funktioniert. Die von Reagan durchgesetzten drei Steuersenkungen haben nichts als beispiellose Haushaltslücken heraufbeschworen, die erst durch Steuererhöhungen in den 90er Jahren gedeckt werden konnten. Aber die Bush-Regierung und ihre Bundesgenossen haben den Glauben an das *supply side*-Wunder nie aufgegeben. Bush verlangte zwei riesige Steuersenkungen – und der Kongress gönnte sie ihm 2001 und 2003 –, die fast ausschließlich den höheren Einkommensklassen zugute kamen. Die voraussehbaren Resultate: Der Haushaltsüberschuss von 2.4 % des Bruttosozialproduktes, den Clinton den Republikanern vermachte, verwandelte sich binnen vier Jahren in ein Defizit von 3.6 %. Noch schlimmer: Die Defizite hielten die Regierung davon ab, in die langfristige Leistungsfähigkeit der US-Wirtschaft zu investieren: etwa in Infrastruktur, Bildung und die Forschung für alternative Energieversorgung. Aber dies war von Anfang an die Absicht. Ein Bush-Getreuer, Grover Norquist aus dem Verein *Americans for Tax Reform*, hat erklärt, dass Haushaltsdefizite nicht zu fürchten seien, weil Geldmangel einen ständigen Druck auf den Kongress ausübe, immer mehr Programme zu kürzen oder zu eliminieren. Bush und die Republikaner sind diesem Drehbuch brav gefolgt, außer dass sie die Staatsausgaben gerade für die schlechtesten Programme wie Agrarsubventionen und nutzlose Waffensysteme erhöhten.

### **Anzeichen für Kooperationsbereitschaft**

Um diese fiskalische Verwüstung rückgängig zu machen, sind zweierlei Veränderungen vonnöten: *Erstens* müssen die Demokraten 2008 die Präsidentschaft gewinnen, weil sich alle Republikanischen Spitzenkandidaten für eine Fortsetzung der Bush-Politik eingesetzt haben. *Zweitens* muss ein neuer Geist der Zusammenarbeit zwischen den Parteien und in der Zivilgesellschaft bei wichtigen Reformen entstehen. Das mag weit hergeholt klingen, aber es gibt schon verheißungsvolle Anzeichen, dass einige Amerikaner in- und außerhalb der Regierung bereit sind, die Konfrontationspolitik aufzugeben. Zum Beispiel haben einige Kandidaten der Demokratischen Partei bei den Wahlen von 2006 unvorhergesehene Siege über Rechtsextremisten in sonst republikanisch regierten Bundesstaaten errungen. Die Gewinner waren allesamt Pragmatiker und Problemlöser, die das Minenfeld des Kulturkampfes sorgfältig vermieden.

Gleichzeitig haben nicht-ideologische Republikaner in gewöhnlich Demokratischen Bundesstaaten gesiegt. Arnold Schwarzenegger wurde als Gouverneur Kaliforniens wiedergewählt, nachdem er versprach, seine unproduktiven Auseinandersetzungen mit der Demokratischen Mehrheit in der Gesetzgebenden Versammlung beizulegen. Mitt Romney gewann wegen seiner gemäßigten Politik in Massachusetts zwei Amtszeiten. Keiner dieser Republikaner klammert sich an den erkonservativen Prinzipien der »Reagan Revolution« fest.

Romney und Schwarzenegger haben in der Tat das Thema der Krankenversicherung in die aktuelle Diskussion zurückgeholt. Romney verhandelte mit der demokratisch regierten Gesetzgebenden Versammlung von Massachusetts, um eine umfassende Krankenversicherung für alle Bürger des *Commonwealth* durchzusetzen.

Inzwischen hat Schwarzenegger seit mehr als einem Jahr einen ähnlichen Plan mit den Demokraten seines Staates ausgehandelt. Durch diese Entwicklungen ermutigt, haben sich alle Demokratischen Präsidentschaftskandidaten auf Zusammenarbeit mit den Republikanern im Kongress festgelegt, um ein allgemeines Krankenversicherungsprogramm zu verwirklichen. Vermutlich würde es den schon gebilligten Programmen auf bundesstaatlichem Niveau ähneln.

Noch verblüffender ist der Einstellungswandel unter den Fundamentalisten. Seit eh und je gehören sie zu den verlässlichsten Elementen der Republikanischen Koalition, weil sie – wie diese – die Politik als die Fortführung des Krieges gegen den säkularen Humanismus ansehen. Aber auch ihre Einstimmigkeit scheint jetzt gefährdet. *Erstens* haben sich ihre Führungsköpfe noch nicht auf einen republikanischen Kandidaten für die kommenden Vorwahlen geeinigt. *Zweitens* haben einige prominente Geistliche wie Rick Warren öffentliche Sorgen über den Klimawandel geäußert, was vor kurzem in fundamentalistischen Kreisen als Ketzerei gegolten hätte. Warren hat auch den Demokraten Barack Obama in seine Kirche eingeladen. Seine Stellungnahmen haben ihm den Zorn anderer Fundamentalisten eingebracht; jedoch scheinen seine Ansichten eine breite Basis zu haben. Anscheinend meinen immer mehr Fundamentalisten, dass nichts in ihren Glaubensbekenntnissen grundsätzlich umweltfeindlich oder unsozialdemokratisch sei. Wie ein führender Pfarrer, Jim Wallis, sagt: »Die Evangelikalen haben die Rechte verlassen und weilen jetzt bei Jesus.«

Vielleicht das stärkste Indiz für die kommende Abkehr von der Politik der Konfrontation ist die sich anbahnende Umorientierung der jüngeren Generation (die sogenannten *millennials*, geboren zwischen 1978 und 1996). Während die Reagan-Jugend der 80er Jahre eine starke republikanische Prägung hatte, ist diese nun

ganz anders gestimmt. Wenn nur diese Generation in den Wahlen von 2004 stimmberechtigt gewesen wäre, hätte Kerry 372 Wahlmännerstimmen gewonnen, gegen 166 für Bush. In den Wahlen von 2006 gab diese Generation den Demokratischen Kandidaten einen Vorsprung von 22 % über ihre Republikanischen Gegner. Meinungsumfragen über die politischen Einstellungen der *millenials* zeigen, dass sie durchaus williger sind als die restliche Bevölkerung, den Staat zur Lösung sozialer Probleme auf den Plan zu rufen. Zum Beispiel ziehen 62 % von ihnen ein staatlich verwaltetes, durch Steuern finanziertes Gesundheitsfürsorgesystem einem privaten vor (gegen nur 47 % der übrigen Befragten). Kurzum, die Jüngeren haben sich nie durch die Losung von Reagan überzeugen lassen, dass »der Staat stets das Problem und nie die Lösung« sei. Sie scheinen eher der Ansicht zu sein, dass der Staat vieles besser macht als der Markt, und er sollte daher auch die Ressourcen bekommen, um seine Ziele zu verwirklichen.

Um den Kulturkampf in der amerika-

nischen Politik zu überwinden, sollte man versuchen, pragmatische, gemäßigte und undogmatische Antworten auf die Probleme zu suchen. Wenn die Demokraten die Wahlen von 2008 gewinnen, werden sie stark versucht sein, den Republikanern zuzufügen, was sie selbst von diesen erlitten: Marginalisierung und Demütigung. Aber der klügere Kurs wäre, dem nationalen politischen Leben wieder Anstand zurückzugeben, Koalitionen mit gleichgesinnten Republikanern zu bilden, Zweiparteiensystem einzusetzen usw. Letztlich sollte eine Demokratische Regierung versuchen, den befleckten Ruf Amerikas im Ausland zu rehabilitieren, indem sie u.a. Abkommen über Landminen, Klimawandel und Meeresrecht unterzeichnet. Natürlich muss Folter endgültig verboten werden, ohne gleichzeitig über eine Neu-Definition des Wortes den Inhalt zu verwässern. Wir haben seit 7 Jahren an einem unerbittlichen politischen Hurrikan gelitten, schlimmer noch als *Katrina*. Jetzt muss der Wiederaufbau beginnen.

*Stefan Zierock*

## Lieber online als on the road

### Wo bleibt der junge Anti-Kriegs-Protest?

*Beinahe täglich werden aus dem Irak neue Anschläge gemeldet. Die Zahl der bisherigen zivilen Opfer schwankt je nachdem, welche Quelle man bemüht, liegt aber mindestens bei mehreren Zehntausend. Und auch annähernd 4.000 US-Soldaten haben seit 2003 ihr Leben verloren. Doch die Proteste in den USA sind deutlich verhaltener als noch zu Zeiten des Vietnam-Kriegs, und: Das Alter der Demonstranten ist wesentlich höher. Wo liegen die Gründe für diese Protestmüdigkeit der jungen Generation?*

Am Samstag, den 15. September 2007, fanden sich Tausende Amerikaner in Washington DC, ein, um ihrer Missbilligung des Kriegs im Irak Ausdruck zu verleihen. Mittels Schildern und Sprechge-

sang forderten sie die Heimkehr der US-Soldaten: *Support the Troops – End the War Now* (Helft den Truppen – Beendet den Krieg, jetzt.). Sie waren aus 23 Staaten, teils von weit her, angereist. Es war eine der